

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

12.8.1866 (No. 191)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 12. August.

N. 191.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Deutschland.

Karlsruhe, 11. Aug. Von Preußen und dessen Verbündeten ist bekanntlich der Abschluß eines norddeutschen Bundes, der durch sein Parlament und eine Reihe gemeinsamer, insbesondere volkswirtschaftlicher und militärischer Einrichtungen den nationalen Ansprüchen genügen soll, in Aussicht genommen worden.

Ein diesem norddeutschen entgegenstehender, zwischen drei übermächtigen Großstaaten eingeleiteter süddeutscher Bund dürfte, wie man sich nicht verhehlen kann, zur Wahrung seiner Unabhängigkeit oder einer selbständigen Politik in den großen politischen Fragen, welche die deutschen Interessen mehr oder weniger nahe berühren, nicht fähig sein und ihm ebenso die Kraft zum Schutz der deutschen Grenzen gegen das Ausland, als zur Darstellung eines eigenen Zoll- und Verkehrsgebietes fehlen.

Schon diese Gründe — verstärkt natürlich durch den Wunsch, daß dem deutschen Vaterland jede weitere Spaltung erspart werde, und daß es aus der gegenwärtigen Krise möglichst kräftig hervorgehe — mühten die große Regierung zu der ernstlichsten Bemühung veranlassen, daß Baden zu dem Bunde der norddeutschen Staaten zugezogen werde. Was man über den Gang der Friedensverhandlungen, die gegenwärtig in Berlin geführt werden, äußerlich vernimmt, läßt leider wenig Hoffnung auf die Erfüllung dieser Absicht und eine demnächstige ganz enge Verbindung der Staaten von Nord- und von Süddeutschland. Man wird überzeugt sein, daß die große Regierung für dieses nationale Ziel auch fernerhin Mühe und Opfer nicht scheuen wird; indes darf man auch nicht außer Augen lassen, daß nach der augenblicklichen Lage der Verhältnisse die Erreichung desselben wesentlich von den Absichten Preußens und dann auch wohl von derjenigen Unterstützung, welche die übrigen süddeutschen Staaten der babilischen Regierung in der vorbestimmten Richtung zu leisten für angemessen halten, abhängt.

Wie weit Preußen den Bestand der bisherigen gemeinsamen Anstalten auf dem Gebiet des Verkehrswezens und vor Allem den Zollverein bewahren will, scheint noch unklar. Jedenfalls erheben sich der Handel und die Industrie, wie der Wohlstand aller Theile der Bevölkerung unseres Landes, daß der Zollverein bestehen bleibe. Die Nützlichkeit und die Nothwendigkeit einer Reform der Verfassung desselben ist von Baden schon längst und dringlich bestritten worden. Sie kann jedenfalls erreicht werden, ohne daß es nöthig würde, den Zollverein vorher vollständig aufzulösen. Die Verträge mit dem Ausland stehen übrigens einer Sprengung des Zollvereins nicht entgegen.

Man wird hiernach wohlthun, die Erwartungen, welche an die Verhandlungen über den Friedensvertrag in Berlin geknüpft werden können, insofern auf ein bescheidenes Maß herabzumessen, als es sich dabei um die sofortige Herstellung eines nationalen, staatsrechtlichen Bundes zwischen den Staaten dieses und jenseits des Rheins handelt. Noch wird von Berlin mitgetheilt, daß Preußen mit den Bevollmächtigten der einzelnen süddeutschen Staaten abgeordnete Verhandlungen führt und darauf besteht, daß von denselben ein beträchtlicher Theil der Kriegskosten, die nach der Bevölkerungsgröße bemessen werden dürften, übernommen werde. Wie schwer nun auch die Opfer sein mögen, welche von uns und unserer Nachbarn als Folge des Kriegs gegen Preußen getragen werden müssen, so wird doch eine gedeihliche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse möglich bleiben, wenn es gelingt, den Bestand des Zollvereins*) und der übrigen gemeinsamen deutschen Verkehrsbeziehungen zu erhalten. Bei der Feststellung der Friedensbedingungen hat Baden eine Bevorzugung vor den Nachbarstaaten, die eine ähnliche Politik Preußen gegenüber eingehalten haben, nicht zu erwarten; doch dürfen wir Gewicht darauf legen, daß die freundliche Stellung zu den norddeutschen Staaten nach dem Friedensschluß uns einen Ersatz für manche Last in Aussicht bringt, und zwar um so mehr, als in unsere völkerverrechtlichen Beziehungen zu dem norddeutschen Bund vielfache und verschiedenartige gemeinsame Interessen und Vortheile eingeschlossen werden können. Die Ausbildung dieser Verbindung wird von der großen Regierung jedenfalls mit allen ihren Mitteln angestrebt werden und dann wohl auch davon abhängen, daß das nationale Bewußtsein den Parteilhaber und die partikularistischen Gelüste in allen Theilen des Vaterlandes schnell und kräftig überwindet.

Karlsruhe, 11. Aug. Die Einnahmen der badischen Staatsbahnen pro I. Semester 1866 übertreffen diejenigen der gleichen Periode des Vorjahres (ohne daß neue Linien dazu gekommen wären) um die sehr beträchtliche Summe von ca. 600,000 fl., obgleich der Monat Juni einen Ausfall

von ca. 80,000 fl. aufweist. Wenn auch pro Juli und August weitere Ausfälle selbstverständlich sind, so darf man doch mit aller Wahrscheinlichkeit voraussetzen, daß der Personen- und Güterverkehr nach Eintritt des Friedens schwunghaft genug sein werde, um das Jahresergebnis unserer Eisenbahnen pro 1866 auf der Höhe desjenigen von 1865 zu erhalten. Dieser Erwartung darf man sich auch wohl halbwegs hingeben, weil sich immer mehr herausstellt, daß den mit Frankreich und andern Ländern abgeschlossenen Handelsverträgen eine sehr beträchtliche Hebung des Verkehrs und der Gewerbsthätigkeit in allen Theilen von Deutschland zu danken ist.

Frankfurt, 10. Aug. Der Syndikus und Senator Dr. Müller, welcher in das Hauptquartier des Königs von Preußen berufen war, ist gestern Nacht, die wegen der Kontribution abgesandte Deputation des Gesetzgebenden Körpers ist gestern Mittag, und Baron M. v. Rothschild heute Morgen zurückgekehrt. Daß sich deshalb die hiesigen Bürger in einer gewissen Aufregung befinden, ist um so selbstverständlicher, als erst auf heute Morgen eine Sitzung des Senats, in welcher Hr. Dr. Müller Bericht über seine Berufung erstattete, stattfand. Gerüchte auf Gerüchte drängen sich, eines unwahrscheinlicher als das andere; so viel wir jedoch vernehmen, ist über die Zukunft Frankfurts noch nichts Definitives entschieden; als gewiß jedoch dürfte anzunehmen sein, daß uns eine gewisse Selbständigkeit nach innen (Gemeindegesetzgebung, Verwaltung, Rechtspflege etc.) erhalten bleiben wird. Wie wir weiter vernehmen, ist die uns auferlegte Kriegskontribution von 25 Millionen nicht erlassen, sondern nur die Zahlung bis zur definitiven Entscheidung stillt. Frankfurt wird sich deshalb noch einige Tage gedulden müssen. Auffällig wird es jedoch gefunden, daß sämtliche Eingaben an den „Senat“ nicht mehr an diesen, sondern an den „Majestät“ der Stadt Frankfurt, welcher aus dem bisherigen Senat provisorisch besteht, zu richten sind. — Seit dem Einmarsch der königl. preussischen Truppen ist Frankfurt von der Benützung des Telegraphen ausgeschlossen und die hiesige Telegraphenanstalt noch nicht hergestellt. Das Privatpublikum hat in den letzten Wochen zum Theil sich damit geholfen, daß es das Offenbacher Telegraphenbureau benützte. Die Schließung des Telegraphenverkehrs ist deshalb aufricht erhalten worden, weil die hiesigen Behörden sich weigerten, denjenigen Schäden zu ersetzen, der bei der Okkupation des Telegraphen durch die bayrischen Truppen an den Apparaten und sonstigen Einrichtungen angerichtet worden ist und den die hier stationirt gewesenen preussischen Telegraphenbeamten durch ihre Austreibung erlitten haben. Jetzt ist, wie man hört, Aussicht auf die baldige Wiedereröffnung des Telegraphenverkehrs eingetreten, und zwar in Folge von Verhandlungen, bei denen eine badische Vermittelung thätig ist. Der Schaden, welchen Frankfurt durch die Stillung des telegraphischen Verkehrs erleidet, ist jedenfalls so bedeutend, daß die von Preußen geforderte, nicht bedeutende Summe dagegen nicht schwer ins Gewicht fällt. — Von den jüngst bei Mainz unter dem Verdacht der Spionage von Waldeckern verhafteten 13 Zivilisten befindet sich hier noch einer unter der Anklage, auf königl. preussische Truppen geschossen zu haben, in Haft, und wird dessen Urtheil im Lauf dieser Woche noch gefällt werden.

Wetzlar, 9. Aug. (N. W. Z.) Bei Helldingsfeld wurde preussischer Seite aus hannoverschen Pontons eine Schiffbrücke geschlagen. — Die hiesigen Viktualienpreise sind in Folge dessen, daß die Eisenbahn-Verbindungen wiederhergestellt wurden, wieder zurückgegangen, doch immer noch theuer genug.

Darmstadt, 9. Aug. (Fr. Z.) Eine Verordnung hebt den dienstlichen Verkehr der Behörden in Oberhessen und Homburg mit den bisherigen Oberbehörden in Darmstadt (Ministerien etc.) auf.

Luxemburg, 7. Aug. Der König-Großherzog von Luxemburg hat den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund abgelehnt. Die betr. Erklärung ist nach der „Nord. Ztg.“ also motivirt: „Da der Bund, nach Preußens eigener Deklaration, zu bestehen aufgehört habe, so seien die Verbindlichkeiten Luxemburgs eben so gut wie die Limburgs gegenüber jener Konföderation einfach erloschen. Der König-Großherzog ziehe für Luxemburg eine eigene, selbständige Regierung vor, und sei bei deren Herstellung um so leichter, als die Stadt Luxemburg inskünftige aufhöre, Bundesfestung zu sein.“ Dabei rechnet man um so mehr auf die Unterstützung Frankreichs, als diese Festung inskünftige nicht mehr gegen den genannten Staat gerichtet sei.

Weimar, 9. Aug. (Fr. Z.) Wie wir hören, werden die weimariischen Truppen zur Besetzung Schleswig-Holsteins mit verwendet.

Dresden, 4. Aug. Aus guter Quelle hört die „Constit. Ztg.“, daß die sächsische Landeskommission, nachdem das Verhältniß Sachsens zu Norddeutschland im Wesentlichen festgestellt sei, nun auch der Vorbereitung der Parlementsarbeiten sich unterziehen und deshalb die für den Fall der Weigerung Seitens des k. preussischen Zivilkommissars erwartete Publikation nicht erfolgen wird.

Berlin, 8. Aug. Man schreibt dem „Sch. W.“: „Bezüglich der allgemeinen Lage waren heute einige beunruhigende Gerüchte verbreitet, die theils an die zwischen Oesterreich und Italien noch schwebenden Schwierigkeiten anknüpfen, theils an die angebliche Haltung Frankreichs, das nachträglich Preußens Vergrößerung mit mißgünstigen Augen betrachte. Aber die Gerüchte sind wohl jedenfalls übertrieben und bedürfen der Bestätigung. Zwischen Oesterreich und Italien handelt es sich um den Bestehen während des Waffenstillstandes und um die Frage der Grenzberichtigung. In beiden soll sich Oesterreich sehr widerstrebend und spröde zeigen. Daß aber daraus wieder der Krieg entstehen, und dieser sich gar noch erweitern könnte, klingt sehr pessimistisch, und man wird es nicht ohne Weiteres als authentisch hinnehmen wollen. Dasselbe gilt hoffentlich von dem, was über Frankreichs neuerdings bemerkbar gewordene Haltung verbreitet wird. Die offiziellen Stimmen hatten Frankreichs Uneigennützigkeit viel gerühmt, und es war auch bis jetzt keine Thatfache, die damit im Widerspruch stände, hervorgetreten. Man will wissen, daß sich dies neuerdings nicht mehr mit derselben Bestimmtheit versichern lasse, daß Frankreich Ausgleichungen ins Auge fasse und noch manche Meinungsverschiedenheit in Aussicht stände, bis man den allgemeinen Frieden als definitiv geregelt ansehen könne. Man kann davon Notiz nehmen, ohne sich dabei einer verfrühten unnötigen Beunruhigung hinzugeben. Frankreich mag einige Hoffnungen darauf bauen, daß sich Rußland neuerdings Angesichts der preussischen Erwerbungen kühl gezeigt hat. Preußen scheint eine Annäherung mit Rußland zu unternehmen.“

Berlin, 10. Aug. Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 10. Aug.

Nach Erledigung mehrerer geschäftlichen Dinge ertheilt der Präsident vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Abg. Grabow. Derselbe bezieht die Tribüne und spricht mit gehobener Stimme: „Meine Herren! Vielfach auf das dringendste ersucht, eine etwa auf mich fallende Wahl zum Präsidenten dieses hohen Hauses für die nächsten 4 Wochen anzunehmen, fühle ich mich veranlaßt, vor dem Beginn unserer heutigen Tagesordnung zu erklären, daß ich nach reiflicher, gewissenhafter Erwägung der mir und einigen meiner politischen Freunde in Betreff meiner Wahl gewordenen glaubhaftesten, sich der Öffentlichkeit entziehenden Mittheilungen die feste, unerschütterliche Ueberzeugung gewonnen habe, im Interesse des Vaterlandes und dieses hohen Hauses — so schwer und schmerzhaft es mir auch wird — eine auf mich fallende Wahl unbedingt ablehnen zu müssen. In meinem politischen Leben bin ich stets bestritten gewesen, die Krone von der Krone gegen das Volk nimmer zu trennen, und die Gegenwart mit der Vergangenheit durch ruhige, besonnene gegenseitige Verständigung in Ueberzeugung, Gesetzes- und verfassungstreuer Wahrhaftigkeit zu verbinden. Diesen Grundsätzen werde ich auch in der jetzigen Legislatur treu bleiben.“ — Alterspräsident Stavenhagen äußert sich dahin, daß diese Erklärung in den weitesten Kreisen des Vaterlandes Bebauern erregen würde. (Große Bewegung im Hause; Rufe rechts: Nein, nein! Rufe links: Ja! ja!) Das Haus schreiet demnach zur Präsidentenwahl. Bei derselben werden 331 Stimmzettel abgegeben; von diesen fallen auf den Abg. v. Forderbed 154, Abg. v. Arnim 134, Abg. Graf Schwerin 24, Abg. Dr. Oneist 17, Abg. Grabow 2 Stimmen. Es ist somit keine absolute Majorität erreicht und erfolgt auf Grund des § 37 der Geschäftsordnung eine nochmalige Wahl, bei welcher die vorgenannten fünf Herren auf die engere Wahl gestellt werden.

Bei dieser engern Wahl werden 329 Stimmzettel abgegeben, von welchen erhalten: der Abg. v. Forderbed 170, der Abg. v. Arnim 136, und der Abg. Graf Schwerin 22 Stimmen; ein Stimmzettel war unbeschrieben, daher nicht gültig. Abg. v. Forderbed ist somit gewählt; er übernimmt, mit kurzen Worten dankend, den Präsidentensitz ein, bringt sodann dem Alterspräsidenten den Dank des Hauses dar, indem er die Mitglieder auffordert, sich von ihren Plätzen zu erheben, und läßt sodann zur Wahl des ersten Vizepräsidenten schreiten. Es wurde General v. Stavenhagen als erster und Abg. v. Bontin als zweiter Vizepräsident gewählt. Von Schwerin, Vinde, Simson und Genossen, sowie v. Blankenburg, Bobbschwings, Wagener und Genossen wurden Adressanträge gestellt. Nächste Sitzung Montag.

Berlin, 10. Aug. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: „Es muß Befremden erregen, daß in Ulm der Versuch gemacht wurde, die Truppen des Großherzogs von Weimar bei ihrem Abmarsch aus dieser Festung zu verpflichten, keine Kriegsdienste gegen die Süddeutschen leisten zu wollen. In Art. 3 des mit Bayern abgeschlossenen Waffenstillstandes, sowie in §. 7 der mit Württemberg vereinbarten Uebereinkunft vom 1. Aug. dieses Jahres war der Abzug der weimariischen Truppen aus Ulm von jeder, die freie Verwendung derselben beschränkenden Bestimmung unabhängig.“

Wie man der „Köln. Ztg.“ telegraphisch meldet, sind jetzt sämtliche Bevollmächtigte der süddeutschen Staaten hier eingetroffen. Die Unterhandlungen wegen des Friedens mit den einzelnen Südstaaten werden, wie man glaubt, sofort beginnen. Bezüglich der Verhandlungen mit Oesterreich wird nicht als unwahrscheinlich angesehen, daß trotz einiger zwischen Oesterreich und Italien noch bestehenden Schwierigkeiten der Friede zwischen Oesterreich und Italien fast gleichzeitig mit dem zwischen Preußen und Oesterreich zu Stand kommen werde. Aus St. Petersburg verlautet, daß der

*) Die königl. preussische Regierung hat erst vor einigen Tagen ihren hiesigen Bevollmächtigten, Hrn. Oberregierungsrath Daniel, seine amtliche Thätigkeit einstellen lassen und ebenso die bisher in Baden stationirt gewesenen königl. preussischen Zollvereins-Kontrollen zurückberufen. Von der hiesigen Regierung ist der Thätigkeit dieser Beamten nie ein Hinderniß entgegengestellt worden und haben auch die in Preußen fungirenden badischen Zollvereins-Bevollmächtigten von hier aus keine Anweisung zur Einstellung ihrer Thätigkeit erhalten.

Kaiser Alexander persönlich dieselben freundlichen Gesinnungen für Preußen bewahrt und eine Parteinahme seiner Regierung gegen Preußen schließlich nicht zulassen wird.

Se. Maj. der König ertheilte heute dem General Sozone eine Abschieds-Audienz und empfing den Erbprinzen von Meiningen. Der bisherige preussische Gesandte in Hannover, Prinz Hsenburg, ging in außerord. Mission an die Königin nach Hannover ab. Die Frankfurter Deputation ist gestern zurückgekehrt.

Wien, 8. Aug. (N. Z.) Weniger die Stadt Wien, als ihre nächste Umgebung hat noch immer eine vorherrschend militärische Physiognomie. Trotz der starken Truppenbewegungen nach dem Süden — gestern allein beförderte die Südbahn 29 Militärszüge, darunter drei Bataillone der Wiener Freiwilligen, und erst am 12. Aug. wird sie dem Verkehr wieder übergeben werden — strosen die nächstgelegenen Ortschaften von Soldaten aller Waffengattungen; fast die gesammte frühere Nordarmee, einschliesslich des ganzen sächsischen Armeekorps, welches um Schönbrunn herum Quartiere bezogen hat, scheint hier beisammen zu sein. Für die Militäreinquartierung blos im Weichbild der Stadt wurden im Monat Mai 118,000 fl., im Juni 76,000 fl., im Juli 212,000 fl. vergütet; das mag, da die Vergütung auf das bescheidenste bemessen wird, einen Maßstab abgeben für die Höhe der Truppenzüge. Am 3. Aug. zogen volle 29,000 Mann ein und durch. — Der Herzog von Nassau, der gestern hier eingetroffen ist, erhielt sofort den Besuch des Kaisers. — Was bisher schon über bestimmte Resultate der Kriegsgeschichte in der Untersuchung verlauten wollte, die über drei Generale der Nordarmee verhängt worden, erweist sich als irrig. Die Untersuchung ist noch in vollem Gang, und eben jetzt hat das in Wiener-Neustadt versammelte Kriegsgericht die Vorlage der sämtlichen bis zur Vereinigung des ersten Armeekorps mit der Nordarmee an den Grafen Clam-Gallas aus dem Hauptquartier ergangenen Befehle verfügt.

Wien, 9. Aug. Die offiziöse „Wien. Abendpost“ schreibt heute:

Wie eine heute telegraphisch signalisirte Note des „Moniteur“ richtig hervorhebt, beruhen die zwischen der österreichischen und der Regierung des Königs Emanuel bezüglich des Zustandekommens des Waffenstillstandes noch schwebenden Differenzen darauf, daß letztere das uti possidetis als Grundlage dieses Waffenstillstandes angenommen wissen will, während das Wiener Kabinett auf der Räumung Südtirols und der vom Feind besetzten Parzellen des Ob- und Nördens bestehen zu müssen glaubt. Dies ist in der That das einzige Hinderniß, welches dem Abschluß des Waffenstillstandes noch entgegensteht. Die k. k. Regierung geht von dem Gesichtspunkt aus, daß die Erfolge der militärischen Aktion von Seite des Kabinetts von Florenz nicht dazu angethan sind, einer so weitgehenden Forderung desselben, welche nur einer siegreichen Armee zukommen würde, Nachdruck zu verleihen, und sie betrachtet das prinzipielle Zugeständniß der Abtretung Venetiens als eine vollkommen annehmbare Basis für den militärischen Beschluß während der Dauer der Friedensverhandlungen. Sie glaubt dabei die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Billigkeit auf ihrer Seite zu haben, und die Verantwortung für eine eventuelle Fortsetzung der Feindseligkeiten, so lebhaft sie dieselbe bedauern würde, ausschließlich der Regierung des Königs Victor Emanuel überlassen zu müssen. Oesterreich ist bereit, die Cession Venetiens, welche ausdrücklich an die Bedingung geknüpft war, daß die abrückenden k. k. Truppen nicht über venezianisches Gebiet hinaus verfolgt würden, zur rechtlichen Thatsache zu erheben; weitere Ansprüche aber, denen jede rechtliche und politische Voraussetzung fehlen würde, muß es mit Entschiedenheit zurückweisen. Wenn sich übrigens ein heute eingetroffenes florentiner Telegramm bestätigt, nach welchem sich die feindlichen Truppen in Venetien konzentriren, so würde gegen die Abschließung des Waffenstillstandes und den Beginn der Friedensverhandlungen kein Hinderniß mehr obwalten.

Wien, 9. Aug. (Presse.) Der „Preuß. Staatsanz.“ hat bekanntlich der hannoverschen Regierung vorgeworfen, daß sie vor Ausbruch des Krieges mit Preußen wegen der Neutralität, und gleichzeitig mit Oesterreich wegen Vereinigung der hannoverschen mit den k. k. Truppen unterhandelt, daher ein Doppelspiel getrieben habe. Das Ministerium Platen antwortet hierauf in einer ausführlichen Denkschrift. Dieselbe wurde den hannoverschen Vertretern bei den auswärtigen Höfen mit folgender Depesche vom 8. d. M. mitgetheilt:

Der „Preussische Staatsanz.“ enthält eine Reihe von Angriffen gegen die Politik der königl. Regierung und versucht die meiner Depesche vom 6. Juli beigegebene Darstellung der Vorgänge vor der Kapitulation von Langensalza als eine Fälschung der Wahrheit zu bezeichnen. Diese in dem Organ der königl. preussischen Regierung gegen Se. Maj. den König und Allerhöchstdessen Minister erhobenen Anklagen dürfen nicht unwiderlegt bleiben, da sie vor der Öffentlichkeit erhoben worden sind und da aus ihnen Konsequenzen gezogen werden möchten, welche für Hannover von den nachtheiligsten Folgen sein müßten. Em. zc. erhalten in der Anlage eine ausführliche, auf die altentworfene Wahrheit gestützte Darstellung des ganzen Ganges der Politik der königl. Regierung, mit dem Auftrag, dieselbe derjenigen Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, zu übergeben, und dabei gegen die Anschuldigungen des „Preuss. Staatsanz.“, sowie gegen alle daraus etwa zu ziehenden Konsequenzen nachdrücklich Verwahrung einzulegen. Empfangen zc. gez. Graf Platen-Hallermund.

Wien, 10. Aug. Man telegraphirt der „Presse“ aus Benezau bezw. Prag:

Der Personalverkehr zwischen Prag und Bodeubach ist eröffnet. — Die Stadtgemeinde Prag sollte hunderttausend Gulden Hauszinssteuer an das Generalgouvernement abführen. In Folge diplomatischer Intervention ist es davon abgekommen. — Baron Wertber ist angetommen. Frhr. v. Brenner wird erwartet. — Die Judenchaft des Landes Böden hat 3000 fl. dem Staatsministerium zu vaterländischen Zwecken zur Disposition gestellt. — Die „Presse“ wurde wiederholt konfisziert. — Der Postverkehr mit der ganzen Monarchie ist ermöglicht. — Starke Truppenzüge gehen nach der Rheinprovinz.

Wien, 10. Aug. (W. L. Z.) Das Abendblatt der „Konf. Oesterr. Ztg.“ schreibt: „Von italienischer Seite wurde

bisher Prag als Friedensverhandlungsort in Aussicht genommen. Da aber bei der feststehenden Cession Venetiens an Italien keine Konnerität der mit Preußen und Italien zu führenden Verhandlungen mehr besteht, so würde bei der auf bereits erworbene positive Rechte sich stützenden Nothwendigkeit der unmittelbaren Zuziehung Frankreichs die Wahl von Paris als Sitz der Verhandlungen sich empfehlen.“

Triest, 5. Aug. Jetzt, wo die Gefahr vorüber ist, kann man es wohl sagen: der 1. Aug. war der schlimmste Tag, den Triest seit dem Beginn des Krieges erlebt hatte. Am 2. erwartete man eine große Schlacht am Fionzo, wo F. M. L. Frhr. v. Maroicich den Italienern nur 25,000 Mann entgegenstellen konnte, während jene mit 60,000 Mann, deren Aufstellung bis Canale und Karfreit reichte, den Uebergang des Fionzo forciren konnten. In Triest, welches, wenn der Feind unsere Truppen zurückgedrängt hätte, einer vorübergehenden Okkupation nicht entgangen wäre, war Alles zur Räumung des Platzes bereit. Jetzt hat sich die Lage vollständig geändert. Alle Stunden und noch öfter lang ein Zug mit Truppen in Görz an, die zugleich in ihre Operationslinie rückten. Neunzehn vollständige Brückenequipagen sind ebenfalls angelangt, die offenbar nicht für kleine Flüsse, sondern für den Po, die Etich und den Minicio bestimmt sind. Von Tyrol abgesehen, wird nach Ablauf der Waffenruhe eine große Armee am Fionzo versammelt sein. Es ist daher kaum anzunehmen, daß Italien die Bedingungen Oesterreichs nicht annehmen werde.

Triest, 9. Aug. (Wien. Bl.) Vizeadmiral v. Tegetthoff ist heute früh von Pola hier eingetroffen. Die kaiserl. Flotte in Pola ist ganz kampffähig. Auf dem „Kaiser“ werden die Fockmaß und Bugspriet eingesetzt.

Italien.

* Florenz, 6. Aug. Man dem „Journ. des Deb.“ schreibt, wäre die Finanzauslage Italiens keineswegs so mäßig, als fast überall behauptet wird. Hr. Scialoja konstatiert in seinem Bericht, daß ungefähr 2/3 der öffentlichen Schuld in Italien placirt sind, so daß man die Hilfe, die Italien aus dem Ausland geworden ist, sehr übertrieben hat. Es sei sogar gewiß, daß Italien beständig seine Rentenscheine wieder zurückgekauft habe. Sobald die äußere Sicherheit Italiens wieder hergestellt sei, werde es seine Finanzen eher, als man es glaubt, wieder in Ordnung bringen. In diesem Augenblick sei es in Frankreich und sogar auch in Italien fast zur Mode geworden, die italienischen Finanzen herabzusetzen; nachdem man sich einem übertriebenen Vertrauen dahingegen, sei man zur entgegengesetzten Uebertriebung übergegangen, die eben nicht mehr Grund haben dürfte.

* Florenz, 7. Aug. Die offizielle Zeitung veröffentlicht folgendes Dekret des Prinzen Eugen von Savoyen-Carignan, Stellvertreters des Königs:

Art. 1. In den italienischen Provinzen, die von der österreichischen Herrschaft befreit sind, sind alle Bürger gleich vor dem Gesetze, zu welchem religiösen Kultus sie sich auch bekennen; sie genießen in gleichem Grade alle bürgerlichen und politischen Rechte. Art. 2. Alle entgegengesetzten Verfügungen des Zivilgesetzbuches und Gerichtsverfahrens, sowie die andern Gesetze und Maßregeln sowohl bürgerliche als politische, die in besagten Provinzen in Kraft sind, werden aufgehoben. Art. 3. Nichts ist verändert bezüglich der Verfügungen, welche die Ausübung des Kultus der Heterodoxen, sowie der Israeliten regeln. Gegeben in Florenz, 4. Aug. 1866. — Eugen von Savoyen.

* Florenz, 10. Aug. Die „Italie“ schreibt: „Die italienischen Streitkräfte, die bis nach Pergine und unter die Mauern von Rivra (kleine Städte in Welsch-Tyrol) hatten vorgehen können, werden aus strategischen Rücksichten sich konzentriren, indem sie sich zurückziehen. Die diplomatische Frage bezüglich der Provinz Trient darf nicht mit der strategischen verwechselt werden. Die Nothwendigkeit, die Truppen zu konzentriren, kann die Räumung gewisser besetzter Territorien motiviren, ohne daß daraus hervorginge, daß diese Territorien nicht in den Friedensunterhandlungen verlangt werden müßten.“

Gleichzeitig schreibt die „Nazione“: „Da es der französischen Vermittlung nicht gelungen ist, Oesterreich dazu zu bringen, die Bedingungen des uti possidetis, die förmlich mit Italien übereingekommen waren, anzunehmen, so hat Frankreich Italien seine eigenen Interessen zu Rath lassen. Die bedeutenden und offensiven Zusammenziehungen österreichischer Truppen am Fionzo und in Trient haben die Anführer der italienischen Armee dazu veranlaßt, ihre Truppen in den besten defensiven Stellungen zu konzentriren. Da so die Grundlagen der Thatsachen für die Diskussion der militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes geändert sind, ist jetzt kein Grund mehr vorhanden, den Waffenstillstand zu weigern, der für den Frieden Europas nothwendig geworden ist. Man hofft demnach, daß dieser Waffenstillstand nächstens abgeschlossen werden wird.“

Frankreich.

* Paris, 10. Aug. Die bereits telegraphisch erwähnte Mittheilung, die der „Siècle“ an hervorragender Stelle bringt, lautet wörtlich:

An den politischen Direktor des „Siècle“. Ich zeige Ihnen in meinem letzten Briefe an, daß die Frage der preussischen Annexionen Gegenstand internationaler Debatten zu sein scheint. In der That versichert man mir, daß Frankreich in der Voraussicht einer bedeutenden Vergrößerung Preußens sich mit dem Berliner Kabinett ins Benehmen (en pourparlers) wegen der Abzehrungen gesetzt habe. Man versichert mir gleichfalls, daß Preußen bis jetzt nicht geglaubt hat, auf die französischen Vorschläge eingehen zu können.

Vorstehende Mittheilung — sagt die „Korresp.“ — ist wohl einem Briefe des Hrn. Wilbort entnommen, erschien aber dem „Siècle“ wichtig genug, um als besondere Nachricht gegeben zu werden. Hr. Wilbort ist von dem „Siècle“ bereits vor Ausbruch des Krieges zur Berichterstattung nach Deutschland gesendet worden, ist dann dem preussischen Hauptquartier auf

dem österreichischen Kriegsschauplatz gefolgt, und befindet sich gegenwärtig in Berlin.]

Die „Patrie“ läßt sich aus Berlin melden, daß Hr. Benedetti sich nach Paris begibt. Dasselbe Blatt glaubt zu wissen, und es wird ihm auch aus Wien bestätigt, daß durchaus nicht die Rede davon ist, den Fürsten Metternich seines Amtes als österreichischer Gesandter am Hof von Paris zu entheben, wie von auswärtigen Korrespondenzen herrschert worden war.

Aus Haiti wird gemeldet, daß am 13. Juli die Stadt Gonaïves, Hauptort des Departements Artibonite, sich dem Präsidenten Gessard ergeben hat. Die gegen die Rebellen ausgesandten Truppen wurden vom Kriegsminister Philipppe und vom General Gruffier kommandirt, welcher letztern man in früheren Berichten fälschlich als an der Spitze der Rebellen stehend angeführt hat.

Der „Patrie“ gehen aus Rom Privatnachrichten zu, denen zufolge die letzten Ereignisse Italiens im Vatikan einen ziemlich lebhaften Eindruck gemacht haben, und seit einiger Zeit im päpstlichen Pallast häufig diplomatische Zusammenkünfte stattfinden. Der französische Gesandte, Hr. v. Sartiges, hat mehrere Zusammenkünfte mit dem Papst und dem Kardinal Antonelli gehabt, und namentlich Se. Heiligkeit an die Rathschläge erinnert, die Frankreich von jeher gegeben hat. Er bestand auf der Dringlichkeit der seit lange bezeichneten Maßregeln, die in glücklicher Weise auf die Lage der römischen Regierung einwirken müßten. — Rente 68.92 1/2, Cred. mob. 643, ital. Anl. 51.90.

Paris, 11. Aug. (W. L. Z.) Der „Moniteur“ meldet: Der General Lamarmora hat den Waffenstillstand auf der Basis der lombardo-venezianischen Grenze unterzeichnet. Ähnliche Instruktionen wurden dem Erzherzog Albrecht ertheilt.

Serbienpost.

Triest, 10. Aug., Abends. Die heute eingetroffene Serbienpost bringt folgende Nachrichten:

Athen, 4. Aug. Aus den von Griechen bewohnten Provinzen, besonders aus Kreta, werden fortwährend Klagen über die traurige Lage der Christen laut. Die Türkei verstärkt ihre Truppen an der griechischen Grenze.

Konstantinopel, 4. Aug. Montenegroische Deputirte, von Ali Pascha freundlich empfangen, erhielten Versicherung baldiger Gunstbeziehung von Seiten des Sultans. Fürst Nikolaus ist neuerdings eingeladen, hieher zu kommen.

Großbritannien.

London, 10. Aug. Der Schluß des Parlaments hat stattgefunden. In der Thronrede werden die auswärtigen Beziehungen sämmtlich als die freundlichsten bezeichnet. Die Königin verfolgte mit ängstlichem Interesse die Kriege, welche einen großen Theil des europäischen Kontinents erschütterten. Die Königin konnte nicht gleichgiltige Zuschauerin von Ereignissen sein, welche die Stellung befreundeter und ihr verwandter Fürsten ernstlich berührten; doch hielt sie eine Betheiligung für nicht angemessen, da weder die Ehre der Krone noch das Interesse des Volks eine aktive Einmischung erheischen. Die Königin hofft, daß der Friedensschluß bald eintrete. Die Thronrede erwähnt dankbar der Loyalität Amerikas bezüglich der Jener-Angelegenheiten, erklärt die Aufrechthaltung der Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte, die in Irland nothwendig gewesen sei, erwähnt der Kimberpeste, der Cholera und des atlantischen Telegraphen.

London, 11. Aug. (Sch. M.) Im Unterhause fragte gestern Bowyer an, ob die Regierung Nachricht erhalten habe bezüglich einer Anfrage, die Kaiser Napoleon in Berlin wegen der Rheinprovinz gestellt. Lord Stanley erwiderte, er habe Nachricht erhalten, daß zwischen den Regierungen von Paris und Berlin Mittheilungen ausgetauscht worden seien und noch ausgetauscht werden. Er sei jedoch nicht in der Lage, zu erklären, welcher Art diese Mittheilungen seien, noch weniger, welche Antwort darauf ertheilt worden sei.

Amerika.

* Die Depeschen, welche dem französischen Kriegsminister aus Mexiko zugegangen sind, reichen für die dortige Hauptstadt bis zum 9. und für Vera-Cruz bis zum 14. Juli. Der „Moniteur“ theilt daraus Nachstehendes mit:

Da der Fall von Matamoros die Dissidenten ermutigen konnte, an einigen Punkten die Offensiv zu ergreifen, so verließ Marschall Bazaine am 2. Juli Mexiko, um sich nach San Luis de Potosi zu begeben und die Operationen, die etwa im Nordwesten stattfinden könnten, zu überwachen. Bei Abgang der Post war General Mejia in Mexiko erwartet; er sollte selber seinen Bericht über die Umstände überbringen, welche die Räumung von Matamoros von Seiten der mexikanischen Streitkräfte veranlaßt haben. — Die seit der letzten Post eingetroffenen militärischen Ereignisse sind ohne Interesse. Am 20. Juni fand zu Topogrande, fünf Stunden von Monterey, ein Zusammenstoß zwischen einer Abtheilung des 2. afrikanischen Bataillons und den Dissidenten statt, welche 40 Tode und 70 Pferde auf dem Kampfsplatz zurückließen. — Die Regierung organisiert die nationale Armee; bereits sind mehrere Bataillone Cagadores nach dem Vorbild unserer Jägerbataillone errichtet worden. Eines derselben, das 8., liegt in Duraca, und es konnten deshalb die bis jetzt dort garnisonirenden österreichischen Truppen zum Theil zurückgezogen werden. Von Acapulco hatte man Nachrichten bis zum 28. Mai erhalten. An jenem Tag hatte der im Hafen liegende Kommandant des „Lucifer“ gemeinschaftlich mit der mexikanischen Garnison eine feindliche Schaar angegriffen. Der Anführer der Dissidenten wurde getödtet, seine Mannschaft geschlagen und zerstreut. — Der Bomito hat unter den Mexikanern zu Tacotalpam einige Opfer gefordert. Glücklicher Weise ist unter unsern Truppen der Gesundheitszustand fortwährend befriedigend.

z. Karlsruhe, 10. Aug. Wir sind in die Lage gesetzt, unsern Lesern eine Ansprache Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise an die Orts- und Bezirksabtheilungen des badischen Frauenvereins, und an jene Vereine, welche sich in

der Sorge für verwundete und kranke Krieger dem badischen Frauenverein angeschlossen haben, und eine Bekanntmachung des Zentralkomitees dieses Vereins vom 9. d. M. in Folgendem mitzutheilen:

„An die Orts- und Bezirksabtheilungen des badischen Frauenvereins, und an jene Vereine, welche sich in der Sorge für verwundete und kranke Krieger dem badischen Frauenverein angeschlossen haben.“

Im Augenblick der Heimkehr unserer Truppen wünsche ich den Orts- und Bezirksabtheilungen des badischen Frauenvereins meine dankbarste Anerkennung auszusprechen für die unermüdete Borsorge und Hilfe, mit welcher dieselben der im Felde gefandenen Krieger, sowie der Erkrankten und Verwundeten gedacht haben.

Der im Jahr 1859 ins Leben getretene badische Frauenverein hat während der Friedenszeit seine Thätigkeit befestigt und ausgedehnt. So fand ihn der ausbrechende Krieg zur Hilfeleistung bereit, und es bedurfte nur der ersten Bitte des Zentralkomitees, um den ganzen Verein mit seinen Abtheilungen als bald ein reges Leben entfalten zu sehen.

Hat das badische Land immer bewiesen, daß es gerne Wohlthaten spendet, so hat doch in diesem letzten Fall ein so besonders edler Sinn opferbereiter Mithätigkeit sich kundgegeben, daß er Jedem, der davon Zeuge war, in unvergeßlicher Weise sich einprägen mußte.

Die eigene Sorge im Wohlthun vergessend, haben Tausende von Frauen und Jungfrauen zahlreiche Arbeiten und Gaben gespendet, deren reicher Zufluß jedem durch den Krieg entstandenen Bedürfnisse an Leinwand, Verbandzeug und Erfrischungen zu entsprechen ermöglichte. Das Zentralkomitee hat sich durch diese Fülle der Gaben in der Lage gesehen, seiner Thätigkeit weit größere Ausdehnung zu verleihen, als je gehofft ward. Neben Erfüllung aller Bedürfnisse unserer eigenen Truppen konnte auch noch Schwerbetroffener in der Ferne gedacht werden.

Eine so ergiebige Thätigkeit ist nur da möglich, wo ein wohlgeordnetes Vereinswesen die Gaben der Wohlthätigkeit sammelt, die Kräfte richtig verwendet, vor Zersplitterung bewahrt, und an den Ort und zu der Zeit Hilfe bringt, wo solche am nötigsten ist.

Ich fühle mich glücklich, dem badischen Frauenverein anzugehören, und bewahre die unauslöschliche Erinnerung an die tröstlichen Erfahrungen, welche ich diesem Verein in einer ersten Zeit verdanke, mit dem wohlthuenden Bewußtsein, mich auf diese Weise mit den Bestrebungen der Frauen und Jungfrauen des ganzen Landes vereint gefühlt zu haben.

Meinen Dank auszusprechen jeder Orts- und Bezirksabtheilung des badischen Frauenvereins und jedem andern Verein, welcher sich unserer Thätigkeit angeschlossen hat, meinen Dank auszusprechen für jene überaus reichen Gaben aller Art, welche dem Zentralkomitee zur Verwendung anvertraut worden sind, ist mir ein lebhaftes Bedürfnis.

Möge das dankbare Gefühl, das ich in diese Zeilen niederlege, seinen Weg zu allen Denjenigen finden, die im Spenden von Gaben so edlen Mithätigkeitssinn bezeugt haben.

Karlsruhe, den 9. August 1866.
gez. Luise, Großherzogin von Baden.“

Wir freuen uns, den Abdruck obigen Schreibens Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise vom 9. d. M. den Orts- und Bezirksabtheilungen des badischen Frauenvereins, sowie jenen Vereinen, welche sich in der Sorge für verwundete und kranke Krieger dem badischen Frauenverein angeschlossen haben, mittheilen zu dürfen und erlauben uns Folgendes beizufügen:

1) Der Bedarf an Charpie, Verbandzeug, Bett- und Leinwäse für verwundete und kranke Krieger ist nach allen unsern neueren Nachrichten nicht nur in den Kriegshospitälern des Großherzogthums, sondern auch der andern vom Krieg betroffenen Länder vollständig gedeckt.

Die bezüglichen Sammlungen wollen deßhalb eingestellt und weitere Sendungen hieher unterlassen werden.

2) Die von diesen Sammlungen noch übrigen Vorräthe dürfen am zweckmäßigsten einem Spital zuzuweisen sein, theils um dort im Sinne unserer Bekanntmachung vom 10. April 1866 Verwendung zu finden, theils um bereit gehalten zu werden, wenn später wieder verwundete Krieger zu pflegen sein sollten.

3) Auch der Bedarf an Erfrischungen für die in den Spitälern noch liegenden verwundeten und kranken Krieger ist für die nächste Zeit gedeckt und wird sich für die Zukunft wohl aus den näher gelegenen Gegenden befriedigen lassen.

4) Dem großen Mangel an Lebensmitteln, welcher in der Main- und Taubergegend durch die Anhäufung großer Truppenmassen vorübergehend eingetreten ist, wurde durch die rasche Zufuhr milder Gaben abgeholfen.

Einer unserer auf den Kriegsschauplatz entsendeten Vertrauensmänner, ein erfahrener Landwirth, hat den Schaden an Felderzeugnissen und an Vieh in den vom Krieg getroffenen einzelnen Gemarkungen jener Gegend geschätzt, und zwar für die Gemarkung Gersheim 40,000 fl., Hundheim und Rülshelm 18,000 fl., Rinderfeld 12,000 fl., Schönfeld 10,000 fl., Werbach 7000 fl., Tauberbischofsheim 6000 fl., Wenzheim 5000 fl., im Ganzen also etwa auf 100,000 fl.

Hierauf kann auch die Sammlung und die Sendung von Lebensmitteln für die Kriegshospitälern und die vom Krieg schwer betroffenen Gegenden eingestellt werden.

Bei der Schwierigkeit, das Zubehören aufzutreiben, um die Sendungen vom Neckar an den Main und die Tauber zu verdringen, wird sich empfehlen, die gesammelten Gaben, welche noch nicht abgesendet worden sind, zu verwerten und über den Erlös zu Gunsten der durch Kriegschaden Betroffenen zu verfügen oder uns zur Verheilung zukommen zu lassen.

5) Die uns in so reichem Maß zugeflossenen Geldgaben für Verbesserung des Looses der Krieger im Felde haben nicht nur ausgereicht, um die nöthigen Auslagen zu machen, sie er-

geben noch einen Ueberschuß, um den Verwundeten und Kranken nach ihrer Genesung und Freilassung die Mittel zur Heimreise zu gewähren, auch den Amputirten soweit möglich für künstliche Glieder zu sorgen.

Da zur Zeit über die geleisteten Vorschüsse zu Unterstützungen zc. Abrechnung noch nicht gepflogen werden konnte, so sind wir noch nicht in der Lage, eine genaue Angabe über die verfügbar bleibenden Mittel zu machen.

Heute beträgt der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben die Summe von 5742 fl. 38 kr.

6) Durch unsere auf den Kriegsschauplatz entsendeten Vertrauensmänner, welche wir der freundlichen Mitwirkung des Männer-Hilfsvereins verdanken, lassen wir genaue Erhebungen über die persönlichen Verhältnisse der in den verschiedenen Kriegshospitälern liegenden verwundeten und kranken badischen Soldaten machen.

Diese Erhebungen sind zwar noch nicht geschlossen. Sie ergeben aber bereits, daß zur vorübergehenden und lebenslänglichen Unterstützung der durch Verwundung arbeitsunfähig gewordenen Krieger, sowie dürftiger hochbetagter oder minderjähriger Hinterbliebenen gefallener Krieger des Großherzogthums eine bedeutendere Summe erforderlich ist, als uns zur Zeit zur Verfügung steht.

Ist nun auch nicht zu bezweifeln, daß den arbeitsunfähig gewordenen Verwundeten Staatspensionen gewährt werden, so können diese wohl nicht genügen, um die Betroffenen dauernd vor jeder Noth zu schützen.

Durch die Sammlung selbst kleiner Gaben im ganzen Lande und durch deren Vereinigung mit den zu diesem Zweck bereits vorhandenen Mitteln wäre es aber möglich, auch in dieser Beziehung jedem wirklichen Bedürfnis abzuhelfen. Getrost wenden wir uns deßhalb an unsere Orts- und Bezirksabtheilungen, sowie an jene Vereine, welche gleichen Zweck verfolgen und mit uns Hand in Hand gehen wollen, mit der freundlichen Bitte, sich, so weit dies noch nicht geschehen ist, auch diesen Sammlungen zu unterziehen, deren Ergebnis an das Zentralkomitee des bad. Frauenvereins hieher einzusenden und demselben die Verwendung anzuvertrauen, welche auf Grund der eingezogenen Erkundigungen und nach Berechnen mit dem großh. Kriegsministerium so zweckmäßig als möglich geschehen wird. In solcher Sorge für die arbeitsunfähig gewordenen Krieger werden die Bewohner des Landes am besten ihrem Dank für die muthvolle Hingebung der badischen Truppen Ausdruck geben können.

Ueber die uns zugekommenen und noch zugehenden Gaben werden wir von Zeit zu Zeit öffentlich Rechnung ablegen.

Baden.

Mannheim, 10. Aug. (Mannh. Z.) Heute ist eine weitere Schwadron des preussischen 10. Landw.-Husarenregiments hier eingetroffen. Das Bataillon des 39. Infanterieregiments und die neu angekommenen Husaren wurden in die Kaserne gelegt.

Vermischte Nachrichten.

München, 8. Aug. Das Generalkomitee des landwirthschaftl. Vereins hat, wie schon jüngst unsere beiden Gemeindefolger, beschlossen, daß in Anbetracht der obwaltenden politischen Verhältnisse das Oktoberfest in diesem Jahre nicht stattfinden soll.

Ueber den Marsch und die Gefechte der preussischen Main-Armee bringt die „Kön. Ztg.“ abermals Berichte aus einer preussischen Feder, worin mit vieler Anerkennung von der badischen Division die Rede ist. Von dem Gefecht bei Werbach wird es als ein für die Angreifenden glücklicher Umstand hervorgehoben, daß die badische Artillerie vermöge der Terrainverhältnisse nicht so wirksam habe feuern können, als unter andern Umständen. Die bei Hochhausen in den Gärten und Häusern sehr vortheilhaft positionirte badische Infanterie feuerte recht gut und schlug namentlich den Odenbürgern nicht unbedeutende Verluste zu; ein Hauptmann von diesen starb sofort und mehrere Offiziere wurden verwundet. Weiter heißt es: „Bei dem Abzug der Badener von der Tauberlinie wurde auch der würtembergische Jägerleutnant v. Hügel, einziger Sohn des Staatsministers v. Hügel, durch einen Granatsplitter am rechten Oberschenkel so gefährlich verwundet, daß trotz aller Pflege, die ihm zuerst die badischen und später die preussischen Aerzte angedeihen ließen, wenig Hoffnung für sein Leben blieb. [Er beklammert seinen Wunden erliegen.] Die badischen Aerzte benahmen sich überhaupt sehr brav. Beim Anfang des Gefechtes von Tauberbischofsheim requirirt, mußten sie den Weg über Zimpfen nach Werbach der Tauber entlang in unserm Granatfeuer zurücklegen, da man bei der Entfernung und dem großen Staub nicht erkennen konnte, ob sich auf der Gasse feindliche Kolonnen, Munition zc. bewege, und daher das Feuer von unsern Geschützen nicht eingestellt werden konnte, was nach der Genfer Konvention unsehrbar geschehen wäre, wenn man das leichte badische Feldlazareth erkannt hätte. Den Badenern wurde in Folge dessen ein Krankenwagen ganz geschossen, zwei Krankenträger sofort getödtet und mehrere verwundet. Trotz dieses unglücklichen Zufalles thaten die badischen Aerzte couragirt ihre Pflicht, selbstverständlich unsere nicht minder. ... Die badischen Truppen schlugen sich bei Werbach und Hochhausen recht brav und, was auch sehr zu ihren Gunsten spricht, unsere Truppen fanden später auf der Rückzugslinie der Badener wenig abgeworfene Tornister, — ein Beweis für den trotz unserer Granaten geordneten Rückzug. Wenn ich so viel von der Bravour der Badener spreche, so könnte es fast scheinen, als ob von unsern Truppen so Ähnliches nicht zu melden sei; doch glaube ich, diesen Gedanken verschweigt sofort das Resultat dieses und der folgenden Tage. ...“

Aus Götting wird der „Dresd. Ztg.“ folgende humoristische Mittheilung gemacht: „Als am Sonnabend der König hier ankam, wurde ihm und ebenso den Prinzen von jungen Damen ein Vorbeerkranz überreicht. Als auch dem Grafen Bismarck ein Vorbeerkranz dargeboten wurde, sagte er: „Mein gnädiges Fräulein, ich verdiene diese Ehre nicht. Ich bin nicht Kombattant gewesen und habe an den Siegen keinen Antheil!“ Die jugendliche Spenderin wurde durch die unerwartete Antwort augenblicklich aus dem Tritt gebracht, mußte sich aber zu helfen und replizierte: „Aber Sw. Excellenz haben doch den Krieg angefangen!“ Graf Bismarck nahm nun lachend den Kranz ab.“

Bremen, 7. Aug. Das Bremerhavener Rettungsboot hat heute seine erste glückliche Rettung ausgeführt und die Mannschaft

einer auf dem See gestrandeten englischen Kohlenbrigg so eben an Bord des Dampfers „Simfon“ gebracht.

Berlin, 9. Aug. Das in der letzten Herrenhaus-Sitzung verlesene Schreiben des (Merikal-geminteten) Grafen v. Westphalen lautet vollständig: „Hohes Haus! Meinen allerunterthänigsten Homagialeid hatte ich Sr. Maj. dem König von Preußen als deutschem Bundesfürsten geschworen, konnte und durfte auch als Deutscher, höchst in dieser seiner Eigenschaft, als einem fürstlichen Mitglied des zur bauenden Einigung Deutschlands unfähig geschlossenen, durch die heiligsten Verträge beschworenen, die händigtsten Eide bekräftigten, durch das Blut meines Vaters besiegelten Staatenbundes einen Eid der Huldigung und Unterthanentreue leisten. Mit dem Bundesbruch und nach der von Sr. Majestät Regierung auf das unzweideutige abgegebene Erklärung: die dem deutschen Volk von Gott gesegnete Obrigkeit als einen nur noch „so genannten“ Bundesstat zu Recht bestehend nicht mehr anerkennen zu wollen, mit dem Hinfall also jener unerlöschlichen Verbindung meines Sr. Maj. dem König von Preußen geleisteten Homagialeides, muß ich, nach den unläugbarsten Gesetzen einer unläugbaren Rechtslogik, auch diesen selbst für hinfallig geworden erachten, kann daher an den Beratungen des hohen Hauses fernher mich nicht mehr betheiligen, und bitte, von dieser meiner Erklärung attemäßig Kenntniß zu nehmen.“ Die Verlesung des Briefes erfolgte theilweise unter Heiterkeit, theilweise unter Kopfschütteln der Mitglieder des Hauses; der Brief wurde der Matritelkommission überwiesen.

Aus Znaim (Mähren), 8. Aug., schreibt man der „Presse“: Die Cholera greift in der raschesten Weise um sich. Jede Truppe, welche in den letzten Tagen hier einmarschirte, führte zahlreiche Kranke oder auch selbst schon Todte mit sich; einige Soldaten fielen auch heute wieder auf dem Platz zusammen, und einer davon starb während der Transportirung ins Feldlazareth in der Genie-Akademie. Bei Manchem währt die Krankheit nur eine überraschend kurze Zeit; in kaum einer Viertelstunde ist aus einem gesunden Mann eine Leiche geworden. Die Leichen selbst bieten einen schauererregenden Anblick. In der Bevölkerung macht die Krankheit nur langsame Fortschritte. Daß die Preußen so massenhaft daran zu Grunde gehen, kann Niemanden Wunder nehmen, wenn er sieht, wie es dieselben mit ihrer Nahrung halten. Die Mannschaft verzehrt untreues Obst, das sie von den Bäumen schlägt, zieht Erdäpfel aus der Erde, die erst im Oktober reif werden würden, und bereitet dieselben zu, ja es wurden sogar Leute gesehen, welche die Gurten, deren es hier heuer genug gibt, am Feld abrißen und gleich verpeisten. Das große Genie-Akademiegebäude ist ganz voll von kranken Preußen, weil sämtliche Truppen bei ihrem Durchmarsch die Kranken hier zurückgelassen hatten; gestern wurden aus demselben allein 26 Todte herausgeführt, und auch in den benachbarten besetzten Dörfern starben preussische Soldaten in nicht geringerer Zahl an der Cholera. Am Sonntag wurden von der Genie-Akademie aus 18 und Montag 13 Todte begraben. Unsere Bevölkerung hat sich unter diesen Verhältnissen bis jetzt noch immer ziemlich beruhigt gezeigt. Der Gemeinderath mahnt heute durch einen Maueranschlag zu sofortiger Reinigung und Auslüftung der von den Preußen besetzten Wohnungen, sobald sie von den Soldaten geräumt sind. Zur Desinfizirung der besetzten Zimmer wird an arme Leute Eisenvitriol und Essig von der Gemeinde gratis verabfolgt.

Florenz, 7. Aug. Die „Italie“ bringt folgende Mittheilung über den Untergang des „Affondatore“. Sämmtliche Seemannen der Küste des Adriatischen Meeres hatten einen starken Nordwind und ein sehr bewegtes Meer angezeit, dem ein heftiger Sturm folgte, welcher mehrere Schiffe an der Küste in die größte Gefahr brachte. Einige Schiffe des italienischen Geschwaders, welches auf der Höhe von Ancona vor Anker lag, gingen in die offene See, um sich der Gefahr zu entziehen; andere konnten ihrer besondern Lage wegen in den Hafen hineingezogen; und einige endlich, die sich in Folge ihrer Lage in der absoluten Unmöglichkeit befanden, das Eine oder das Andere zu thun, waren genöthigt, gegen den Sturm anzukämpfen, der ihnen einige Havarien beibrachte. Dem Widderschiff „Affondatore“, welches seiner eigenthümlichen Struktur zufolge nicht lange Zeit am Anker dem Unwetter hätte widerstehen können und welches bereits ernstlich bedroht war, zu scheitern, gelang es, durch ein geschicktes und tüchtes Manövre seines Kommandanten Martini in den Hafen einzulaufen. Aber bei der Einfahrt in den Hafen schlugen die Wogen dermaßen gegen das Schiff, daß es unterging, ohne die geringste Havarie zu erleiden. Die ganze Mannschaft wurde gerettet. Man hofft das Schiff binnen wenigen Tagen wieder flott machen zu können.

Neufundland, 10. Aug., Morgens. (Mit dem atlantischen Kabel.) Der „Great-Eastern“ ist gestern um 4 Uhr Nachmittags abgegangen, um das Kabel wieder aufzusuchen, welches man das letzte Jahr verlegt hatte zu legen.

Hamburg, 9. Aug. Das Hamburg-Neu-Yorker Postdampfschiff „Allemannia“, Kapitän Trautmann, am 28. Juli von Neu-York abgegangen, ist nach einer schnellen Reise von 11 Tagen am 8. d., 12 Uhr Nachmittags, in Copenag. angekommen, und hat, nachdem es daselbst die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, am 9. d., 3 1/2 Uhr Morgens, die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

Dasselbe überbringt: 66 Passagiere, 2 Briefsäcke, 350 Tons Ladung und 79,220 Doll. Contanten.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

10. Aug.	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 8 07	+ 13 5	S.W.	stark bew.	trüb, Regentr.
Mittags 2 „	7 63	+ 18 5	„	„	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	8,30	11 5	„	„	trüb, Regen

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 12. Aug. 3. Quartal. 74. Abonnementsvorstellung. **Der fliegende Holländer**; romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Dienstag 14. Aug. 3. Quartal. 75. Abonnementsvorstellung. **Ein Kind des Glücks**; Original-Lustspiel in 5 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. „Hermance“ — Fräul. Bost vom Stadttheater in Köln zum Debüt.

